

PRESS-RELEASE

PRESSEINFORMATION

2. Mai 2019

Malu Dreyer soll Rheintal vor Bahnlärm schützen!

In einem offenen Brief fordert das Bürgernetzwerk Pro Rheintal die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin auf, ihr Engagement für die Region und ihre Menschen zu erhöhen

In einem offenen Brief an die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin fordert das Bürgernetzwerk Pro Rheintal, dass sich Malu Dreyer mehr für den Schutz der Menschen und der Regionen an Rhein und Mosel vor Bahnlärm einsetzen möge. Im Jahr 2018 sei von der Bahn in Rheinland-Pfalz nur eine halbe Million Euro in Lärmschutz investiert worden, obwohl hier doch das Zentrum des Lärms in Europa liege, während zum Beispiel in Bayern 21 Millionen, in Nordrhein-Westfalen 16 Millionen und in Niedersachsen 13 Millionen Euro zur Eindämmung des Bahnlärms ausgegeben wurden.

Die Forderung nach einer Ausweichtrasse, die Malu Dreyer kürzlich Bundesverkehrsminister Scheuer vorgetragen habe, nennt das Netzwerk „eher ein Ablenkungsmanöver“, das die ungelösten Probleme eines unzureichend geregelten Lärmschutzes kaschieren soll und die jetzige Generation völlig unberücksichtigt lasse. Beim Bau der ICE-Trasse Köln – Frankfurt habe man damals auf eine Streckenführung, auf der nachts Güterzüge hätten fahren können, verzichtet und damit den Güterverkehr in die Urlaubsregionen an Rhein und Mosel verlegt.

Immer noch würde durch die Trennung von Bahnlärm, Straßen- und Fluglärm nur ein Teil der tatsächlichen Lärmbelastungen berücksichtigt und effektiver Lärmschutz dadurch unmöglich, wie Pro Rheintal-Chef Frank Gross in dem Schreiben moniert. Auch die Bestandsschutzregelung sei überaltert und gestatte, dass es am Rhein dreimal so laut sein dürfe wie an Neubaustrecken, obwohl es nirgendwo mehr Güterverkehr und damit Lärmbelastung gebe wie im Rheintal.

Überhaupt seien die derzeitigen Immissionsschutzregelungen nicht geeignet, Menschen vor Lärm zu schützen. Der Mittelungspegel würde aus einer tatsächlichen Belastung von 100 dB(A) ganze 75 dB(A) übrig

lassen und damit nur noch ein Zehntel der tatsächlichen Schallbelastungen widerspiegeln. Von Erschütterungen und Erdstößen sei erst gar keine Rede, obwohl gerade auch dies massiv zu Aufwachreaktionen führe. Dass man die Wirtschaft nicht zu Investitionen zwingen wolle, sei angesichts der Umweltversäumnisse der letzten 50 Jahre eine überalterte Politik. Lärm rangiere neben der Luftverschmutzung gleich auf Rang zwei der lebensfeindlichen Umweltbelastungen und koste laut Weltgesundheitsorganisation WHO jedes Jahr in Europa rund eine Million Lebensjahre.

Es sei schamlos und katastrophal, wie von Seiten des Bundes und der Bahn mit der Region und ihren Menschen umgegangen würde. Deshalb solle sich die Ministerpräsidentin daran erinnern, dass ihr Land ein wichtiger „Bahnkunde“ sei und Rheinland-Pfalz seine Ansprüche auf einen wirkungsvollen Lärmschutz im Rheintal jetzt auch durchsetzt.

Pro Rheintal führt derzeit eine Betroffenheitsstudie durch, an der sich immer mehr Menschen und Regionen beteiligen, um einen Nachweis über die tatsächliche Lärmbelastung und Betroffenheit zu führen.

Weitere Informationen unter:

Pro Rheintal e. V. Bürgernetzwerk

Frank Gross, 1. Vorsitzender
Simmerner Straße 12
56154 Boppard
Tel. 06742 801069-0
Fax 06742 801069-1
E-Mail: info@pro-rheintal.de
www.pro-rheintal.de

Frei zur Veröffentlichung / Belegexemplar erbeten



Bild 1: Mehr Schutz und ein größeres Engagement für die von Bahnlärm betroffenen Anwohner im Rheintal fordert Pro Rheintal von der Landesregierung.



Bild 2: Die von Malu Dreyer geforderte Ausweichstrecke lässt die jetzige Generation völlig unberücksichtigt, die hier und jetzt eine Lösung des akuten Bahnlärmproblems braucht.